



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 1. bis 27. April)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 1. bis 27. April)

Minister- und Statthalterwechsel

Nach der Osterpause, von einem Ausflug an die Neva heimgekehrt, finde ich als das bedeutsamste Ereignis der inneren Politik die monarchische Entscheidung vor, wer fortan Statthalter in Elsaß-Lothringen sein soll, um dort die deutschen Interessen in politischer und kultureller Hinsicht auf gefährdetem Posten zu stärken. Die Wahl ist trotz eifriger Intrigen von verschiedenen Seiten — man bringt an einigen Stellen sogar die Fälschung des Kaiserbriefes an die Landgräfin von Hessen damit in Verbindung — auf den preußischen Minister des Innern von Dallwitz gefallen. So gern wir Herrn von Dallwitz aus seinem preußischen Amte scheiden sehen, für das er nach unserem Geschmack nicht genügend Führertatkraft zur Verfügung stellte, so wenig wollen wir einem Pessimismus wegen seiner Berufung zum Statthalter Raum geben, wie er hier und da trotz besonderer Zurückhaltung der Presse zutage getreten ist. Vielleicht ist sogar dasjenige, was einem preußischen Minister des Innern in den abgelaufenen Jahren als Mangel angerechnet werden mußte, als eine starke Eigenschaft für den neuen Statthalter zu begrüßen. In den Reichslanden gilt es zu glätten und auszugleichen, einer in den Grundzügen bereits vollendeten Reformarbeit die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen, Klippen zu umschiffen, nicht aber Mauern zu sprengen oder gar Reformen anzubahnen. Und in dieser Hinsicht wird Herr von Dallwitz in den Reichslanden nach seiner ganzen Veranlagung sicher um so besseres leisten können, je mehr er sich von persönlichen Sympathien und Antipathien ganz freihält und nur das Werk ins Auge faßt, das ihm gerade deshalb anvertraut zu sein scheint, weil es eines besonders taktvollen und besonnenen Verwaltungsbeamten bedurfte.

Die Kommentare der Presse über die Ernennung des Herrn von Dallwitz sind verhältnismäßig zurückhaltend. Man sieht in ihm, ganz allgemein betrachtet, keine Programmfigur und erwartet von ihm keine grundstürzenden Neuerungen. Solche Haltung der Presse ist durchaus erfreulich, denn bei unseren deutsch-preußischen Verhältnissen läßt sich niemals voraussetzen, was

diese oder jene Persönlichkeit auf diesem oder jenem hohen Platze wird leisten können. Unsere hohen Staatsmänner gehen gewöhnlich mit einer Marschroute auf den führenden Posten, die unabhängig gegeben wird von der öffentlichen Meinung. Man ist daher vielfach auf Kombinationen angewiesen über das, was als die Aufgabe neuer Männer betrachtet werden soll. Infolgedessen muß man auch jedem Staatsmann erst eine gewisse Zeit lassen, sich auf seinem neuen Posten einzuarbeiten, ehe man erkennt, was er zu leisten befähigt ist. Manchmal lassen zwar Antrittsreden oder offiziös beeinflusste Zeitungsartikel schon bald den Weg erkennen, auf dem der neue Mann zu wandeln gedenkt. In Preußen macht man jedoch wenig Gebrauch von solcher Übung, weil es sich im Hinblick auf das Bestreben, die Behördenautorität unter allen Umständen zu wahren, als unzweckmäßig erwiesen hat, sich in irgendeiner Richtung festzulegen, die nachher womöglich nicht eingehalten werden kann. So ist es auch durchaus nicht ausgeschlossen, daß Herr von Dallwitz, der nicht zu den stärksten preußischen Ministern des Innern gerechnet werden durfte, ein ganz hervorragender Vertreter des Kaisers und der Reichsinteressen in den Reichslanden werden wird.

Nicht so glücklich ist bezüglich der Presse der Nachfolger des Herrn von Dallwitz im Ministerium des Innern. Herrn von Loebell gegenüber hat sich die Presse die notwendige Zurückhaltung nicht auferlegt. Nur die Konservativen behandeln den neuen Herrn im Ministerium des Innern mit vorsichtiger Kühle, hinter der das Mißtrauen gegen den früheren Vertrauten des Fürsten Bülow nur schlecht verhüllt ist. Die liberalen Blätter und vor allen Dingen die nationalliberalen begehen dagegen von neuem einen Fehler, der ihnen schon so viel Vertrauen im Lande gekostet hat. Sie begrüßen den neuen Minister als den Träger einer bestimmten, diesmal der Bülow'schen Politik, ohne doch zu wissen, ob er es fünf Jahre nach dem Zusammenbruch jener Politik als praktischer Staatsmann, selbst bei bestem Willen, sein kann. Sie scheinen von Herrn von Loebell zu erwarten, daß er so etwas wie Rückkehr zur Blockpolitik bringen würde, für die doch nur recht fragwürdige Vorbedingungen vorhanden sind. Man stellt es auch so ziemlich als sicher hin, als werde der neue Minister eine Wahlrechtsreform in das Abgeordnetenhaus einbringen und dabei besonders den liberalen Wünschen entgegenkommen. Dabei beruht aber doch alles nur auf Mutmaßungen. Was gedenkt die liberale Presse zu tun, wenn sich ihre ziemlich apodiktisch aufgestellten Behauptungen über die wahrscheinlichen Wege der Politik des neuen Mannes im alten Wagen nicht als richtig erweisen? Will sie dann einen auch ohne Wahlrechtsenthusiasmus höchst willkommenen und vertrauenswürdigen Staatsmann bekämpfen? Herr von Loebell muß beim Lesen der Zeitungsstimmen wohl oft den Gedanken haben: „Herr bewahre mich vor meinen Freunden.“ Gerade einem Manne gegenüber, den auch politische Gegner stets zur Elite unserer Beamtenschaft gerechnet haben, ist, will man ihm beim Eintritt in sein Amt nicht gleich überflüssige Schwierigkeiten entgegenwälzen,

die größte Zurückhaltung am Platze. Auch in der Zurückhaltung kann hohes Vertrauen zum Ausdruck gebracht werden.

Der desiderata, die Herr von Loebell auf seinem Ministerschreibtisch vorfinden mag, gibt es im Staate Preußen freilich eine Menge. Unsere Ostmarkenpolitik entbehrt sichtbarer Führung; es ist schwer in ihr eine große Linie zu erkennen. Man muß nicht unbedingt Kafatist sein, um zu fühlen, daß der Wagen in dieser Frage schleudert. Auch in der Behandlung der Agrarfrage machen sich Uneinigkeit im preußischen Gesamtministerium bemerkbar. Nach den Darlegungen verschiedener Redner auf der Tagung der Gesellschaft für innere Kolonisation, die kürzlich unter dem Vorsitz des Frankfurter Regierungspräsidenten, Herrn von Schwerin, stattfand, wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Regierungsentwurf des Fideikommißgesetzes den von seiten der Regierung ausgegebenen Richtlinien für innere Kolonisation direkt zuwiderläuft. Eine ähnliche Zusammenhangslosigkeit läßt sich auch in der inneren Verwaltungspolitik des Ministeriums des Innern feststellen; auch da wird eine sichere Hand manches besser, sicherer gestalten können, als wie es in den letzten Jahren gehandhabt wurde. Schließlich die preußische Wahlrechtsreform: brauchen wir wirklich eine solche, wie die Liberalen sie fordern? Könnte das von ihnen angestrebte Ziel, den Einfluß der Bureaukratie zugunsten der schaffenden Stände zurückzudrängen, nicht erreicht werden durch eine Erziehung der heutigen Wähler zu freimütigem Bekenntnis ihrer politischen Anschauungen? Solange das Bürgertum nur über den Landrat und Geheimrat schimpft und dabei doch den Landrat als seinen Vertreter ins Abgeordnetenhaus schiebt, solange kann das Bedürfnis nach liberalen Reformen nicht groß sein. Um aber an der Stelle eines gebildeten und gesund ehrgeizigen Landrats einem ungebildeten noch viel ehrgeizigeren Sozialdemokraten Eingang ins preußische Abgeordnetenhaus zu verschaffen, das kann doch ernstlich nicht das Ziel einer Wahlrechtsreform in Preußen sein! Damit soll die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform in Preußen durchaus nicht verneint werden; es fragt sich nur, ob der neue Minister des Innern schon jetzt unbedingt Vollstrecker der liberalen Reformideen sein muß.

G. Cleinow

